„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Gerhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1655-1657 Halifax Street, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.50; vier Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Europa und die Dominions

Die „Vossische Zeitung" in Berlin hat in einem vielbeachteten Artikel einige Feststellungen gemacht die weit über Deutschland hinaus Aufsehen erregt haben. Sie schrieb (nach Uebersetzung aus dem Englischen):

„**Was Deutschland braucht**, ist ein Land, wo es zehn Millionen Deutsche ansiedeln kann, wo diese gedeihen und vorwärtskommen und einen Markt für deutsche Waren schaffen werden. Unsere meisten Schwierigkeiten in Deutschland und dem übrigen Teil Europas rühren von der absurden **Ungleichheit** her, mit der die Menschen über das Angesicht der Erde verteilt sind. Es ist vollständige Torheit, unsere Landwirtschaft so weit intensiv zu machen, bis sie unprofitabel wird, während Millionen Quadratmeilen fruchtbaren Bodens außerhalb Europas **brach liegen. Es war Torheit von uns**, die von Malaria heimgesuchte Küste Neuguineas oder afrikanische Wüstengebiete, die im besten Falle nicht mehr als drei oder viertausend gesundheitlich zerrüttete Deutsche ernähren könnten, zu verlangen, während eines der schönsten Länder der Welt, Neuseeland, nur ein und einhalb Millionen Einwohner **hat, obwohl es 40 Millionen ernähren könnte.** Solange Australien, das so groß wie ganz Europa ohne Rußland ist, weniger Einwohner hat als London, und solange Canada, das den Vereinigten Staaten an Größe gleichkommt und weite Gebiete von unbesiedeltem Ackerbauland besitzt, nur zehn Millionen Einwohner hat, brauchen wir uns nicht über den Niedergang und Untergang des Westens zu sorgen. Wir müssen jedoch Europas Recht auf die Benützung und Entwicklung dieser unbewohnten, aber fruchtbaren und gesunden Landstriche betonen. Das hätte die wertvollste Funktion des Völkerbundes sein sollen. Australien, das nur einen schmalen Besiedlungsstreifen längs der Küste aufweist, könnte ein europäischer Staatenbund werden. Canada sollte ein großes Aufnahmebecken für die überflüssige Bevölkerung unseres Kontinents werden. Das unbewohnte und öde Sibirien könnte besiedelt werden. Welche Aussichten eröffnen diese Möglichkeiten für unsere Nachkommenschaft! Ist ihre Erforschung nicht von weit größerer Wichtigkeit für die Welt als eine kleine Grenzberichtigung zwischen Litauen und Polen oder die Lösung eines Knotens zwischen Albanien und Jugoslawien?

„Die Vereinigten Staaten genügen sich selbst, und so wird es noch viele Jahre bleiben. Ihre Ausdehnung wird daher hauptsächlich industrieller Natur sein. **Bereits ziemlich gut bevölkert, verschließen sie mit vollem Recht ihre Türen gegen eine Einwandererflut.** Aber mit welchem Recht läßt Großbritannien seine Dominions leer stehen? England kann keine Farmerpioniere dorthin senden. Es hat nur ein natürliches Recht, sie zu einem Markt für seine Fabrikanten und zu einer Lieferungsquelle für die von ihm benötigten Rohmaterialien zu machen. Das könnte durch eine besondere Abmachung garantiert werden, wonach der Völkerbund die Besiedlung der unbewohnten Landstrecken der Dominions übernehmen würde.

„Welch günstige Gelegenheit würde das der fleißigen überschüssigen Bevölkerung Europas bieten! Hunderttausende von Schiffen würden Millionen von hoffnungsfrohen Männern und Frauen in **fruchtbare, aber unbesiedelte Ländereien bringen.** Internationale Kredite sollten für die Lieferung von Millionen Tonnen Stahl und Maschinen zur Entwicklung dieser Ländereien aufkommen. Arbeitsmöglichkeit würde allen Autofabriken nicht nur in **Amerika, sondern in der ganzen Welt durch Lieferung der Transportmittel für die neuen Ansiedler** verschaffen werden. Zement und Holz, Schuhe und Kleider, Glas und Porzellan werden in unerschöpflichen Mengen verlangt werden. Eine Million Europäer sind gegenwärtig arbeitslos oder führen als unterernährte Arbeiter und halbverhungerte Angestellte ein dürftiges und hoffnungsloses Leben, da sie nicht mehr genug kaufen können, um Leib und Seele zusammenzuhalten; sie könnten dadurch, daß man sie zu profitablen Produzenten macht, in eifrige Verbraucher verwandelt werden. Ist das nicht eine vernünftige und aussichtsreiche Möglichkeit?"

Wir möchten das zunächst noch nicht als „Möglichkeit", sondern nur als phantasievolles Geistesprodukt von deutschen Theoretikern gelten lassen. So einfach, wie sich die „Vossische Zeitung" in Berlin die Lösung eines so gewaltigen Problems vorstellt, ist es denn doch nicht. Eines sollte nie vergessen werden: Die Dominions, Canada insbesondere, brauchen vorläufig und auf absehbare Zeit nicht die arbeitslose großstädtische Bevölkerung Europas, sondern echte und rechte Bauern, die mit bäuerlichem Fleiß ihre Scholle bewirtschaften und auf ihr ein dauerndes Heim gründen.

Die „Manitoba Free Press", die sich ebenfalls mit dem Artikel der Vossischen befaßt, nimmt ihn viel zu ernst. Sie erblickt darin oder sucht wenigstens dahinter weitreichende europäische Pläne und eine tiefgehende europäische Bewegung. Der Gedanke als solcher ist ja nicht neu, aber jeder klardenkende europäische Politiker muß sich darüber klar sein, daß es immer noch so etwas wie ein „britisches Reich" gibt, und daß ferner in einzelnen Dominions, in Südafrika und Canada am stärksten, sich ein deutlich ausgeprägtes, eigenes Nationalempfinden entwickelt, das in eine Rechnung, wie sie die Vossische aufmacht, ebenfalls eingestellt werden muß.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada"!

Weltumschau

Deutschnationale und Regierung. Im Reichstag hat es eine große Ueberraschung gegeben. Dem Parlament war das von der Regierung ausgearbeitete Arbeitsnotprogramm vorgelegt worden. Die Ueberraschung bestand darin, daß der Justizminister Hergt, der tatsächliche Führer der Deutschnationalen, die als Partei anfänglich das Notprogramm verworfen hatte, dessen nunmehrige Begründung unternahm. In einer eingehenden Rede, in der alle einzelnen Punkte des Programms, Budget mit seinem Zusatz, Entschädigung der Kriegsgeschädigten und Hilfe für die, namentlich in Ostpreußen niederliegende Landwirtschaft besprochen und vertreten wurden, appellierte der Minister an alle Parteien, eine störungslose Erledigung dieser schweren Arbeit des Parlaments herbeizuführen.

In politischen Kreisen wird daraus, daß gerade der Führer der Deutschnationalen mit der Begründung des Notarbeitsprogramms betraut worden ist, auf einen stattgehabten engeren Zusammenschluß der Koalitionsregierung Marx geschlossen. Ein vorzeitiger Rücktritt des Kabinetts, d. h. noch vor den Wahlen, muß als ausgeschlossen betrachtet werden.

Auch dieser Umschwung in der Stellungnahme der deutschnationalen Partei dem Notarbeitsprogramm gegenüber wird auf den Eingriff des Reichspräsidenten von Hindenburg mit seinem Appell an den Patriotismus der Parteien zurückgeführt.

Schwierigkeiten in Mitteleuropa. Das englische wirtschaftliche Wochenblatt „Investors Chronicle" veröffentlicht einen Artikel Sir William Goodes über die Aussichten der mitteleuropäischen Wirtschaft. Der Verfasser befaßt sich eingehend mit der These, daß seit der Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie es eigentlich weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht ein Mitteleuropa gibt. Er schreibt: „Gegenseitiges Mißtrauen und der Mangel der allgemeinen Abrüstung zwingen die neuen Staaten zur wirtschaftlichen Absperrung, da sie wissen, daß in dem Krieg der Zukunft jener Staat den Sieg davontragen wird, der nicht auf die Einfuhr von Rüstungsmaterialien angewiesen ist. In der Geschichte der ehemaligen Monarchie sind den wirtschaftlichen Abkommen stets politische vorangegangen und diese Tradition hat sich auch heute nicht verändert. Das heißt, daß, solange unter den Kontinentalstaaten ein dauerndes Einverständnis nicht wiederhergestellt ist, von einer bleibenden wirtschaftlichen Besserung keine Rede sein kann. Ein solches Einverständnis kann aber nur durch die Revision der territorialen Bestimmungen erreicht werden."

Sir William Goode behauptet nicht, daß die Zeit für eine solche Revision bereits gekommen wäre, meint aber: „Gleichviel wohin der Weg der politischen Befriedigung führen mag, soviel ist sicher, daß auf einem Boden, der erst vor kurzem zur Beutemacht der Sieger aufgeteilt wurde, gesunde Wirtschaftsverhältnisse nicht sprießen können."

Ungarn in Frankreich. Ungarn versucht jetzt, seinen in Frankreich arbeitslosen Landeskindern zu helfen. Den wegen des französischen Geschäftsrückganges Arbeitslosen sollen Unterstützungen gewährt werden, während in Paris ein ungarisches Hospital errichtet werden soll. Diese Sozialarbeit ist die erste Arbeit ihrer Art, die eine Nation jemals im Auslande unternommen hat. Sie dürfte teilweise darauf zurückzuführen sein, daß man die ungarischen Arbeitslosen von den französischen radikalen Verbänden fernhalten will, die ihnen ihre Unterstützung angeboten haben.

Der genaue Umfang von Hilfsarbeiten muß noch vom ungarischen Parlament festgesetzt werden, doch hat der ungarische Wohlfahrtsminister bereits erklärt, daß nach dem ihm vorliegenden Mitteilungen von den in Frankreich befindlichen 30,000 ungarischen Arbeitern zur Zeit 7000 bis 8000 beschäftigungslos sind.

Britische Skandalaffäre. Die britische Regierung hat angeordnet, daß J. D. Gregory, Hilfsunterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, seines Postens enthoben wird. Er soll in Spekulationen in ausländischer Währung verwickelt sein, zusammen mit Frau Jaminta Marjorie Dyne, die kürzlich von einer Bank auf Rückzahlung großer Summen verklagt wurde, die sie in Währungsspekulationen verloren hat. St. Clair O'Malley, Legationsrat in Peking, wird die Erlaubnis erhalten, sein Rücktrittsgesuch einzureichen, und Kapitänleutnant H. F. B. Marse wird eine schwere Verwarnung erhalten, wozu ihm noch drei Jahre seines Dienstalters aberkannt werden. Legationsrat Gerald H. Villiers im Außenamt und Sir Miles Lampson, britischer Gesandter für China, kamen mit Rügen davon.

J. D. Gregory, der Vorstand der nordischen Abteilung des britischen Außenamtes, stand im Mittelpunkt des seit einigen Wochen durchgeführten Zivilprozesses gegen Frau Dyne, eine Dame der guten Gesellschaft, welche von der Londoner Maklerfirma „Ironmonger & Co." auf Bezahlung von 38,938 Pfund Sterling verklagt worden war. Diese Forderung war der Endverlust aus verschiedenen Valutatransaktionen in französischen Franken und Lire.

England und Pazifik. Der britische Botschafter, Sir Esme Howard in Washington, erklärte in einer Rede vor der „Foreign Policy Association" von Cincinnati, es sei das erste Bestreben jeder englischen Außenpolitik, den Frieden zu suchen und gegebenenfalls ihn auch gewaltsam durchzusetzen. Howard erklärte, daß innerhalb der nächsten hundert Jahre sich alle weltpolitischen Entscheidungen nicht im europäisch-amerikanischen Atlantik, sondern im asiatisch-amerikanischen Pazifik abspielen würden, wo Englands Interessen in Australien, Neuseeland und Indien durch jede Friedensstörung stark beeinflußt werden würden.

Europa, so fuhr Howard fort, arbeite durch den Völkerbund auf den Frieden hin, im Pazifik jedoch ruhe der Friede lediglich auf dem Viermächte-Vertrag von 1921, dessen Erfolg auf einem guten angloamerikanischen Einvernehmen beruhe. Es sei die Ansicht Englands, daß zwischen Amerika und England keine Unstimmigkeiten aufkommen würden. In Bezug auf Rußland und China verfolge Rußland eine Politik des Abwartens, sei jedoch jederzeit zum Abschluß von Verträgen mit einer Regierung bereit, die China als Ganzes vertrete.

Von England nach Singapore. Vier große Flugboote der britischen Luftstreitkräfte, die am 17 Oktober von England aus einen 25,000 Meilen Flug nach den entlegenen Gebieten des Britenreiches antraten, sind im Lufthafen von Port Swettenham bei Singapore eingekommen und haben damit die ersten 10,000 Meilen ihres langen Etappenflugs ohne Unfall hinter sich gebracht. Bei ihrer Landung wurden die Flieger vom Gouverneur von Singapore und seinem Stab willkommen geheißen und von einer großen Volksmenge begrüßt. Die vier Luftfahrzeuge hatten den ihnen vorgeschriebenen Flugplan von ihrem Aufstieg in England an so genau innegehalten, daß die Flugzeugmannschaften selbst bei den verschiedenen Zwischenlandungen an Bord zu schlafen pflegten. Die Flugboote werden hier instand gesetzt werden und sollen dann im Mai den Weiterflug nach Australien antreten. Und zwar werden sie rund um Australien herumfliegen. Dann soll ein Flug nach Hongkong folgen, von wo die Flugboot-Flotille nach Singapore zurückfliegen wird, da sie hier ständig stationiert werden soll.

Chamberlain gegen Cavell-Film. Der britische Außenminister Sir Austen Chamberlain, erklärte im englischen Unterhause, als er gefragt wurde, was ihn veranlaßt hätte, sich an den Filmzensor um Erlaß eines Verbotes gegen den Cavell-Film „Dawn" zu wenden, daß er den Film nicht nur in seiner amtlichen Eigenschaft, sondern auch als englischer „Gentleman" für einen Frevel an der Menschheit halte. Er habe sich an T. P. O'Connor, den Vorsitzenden der Filmzensurbehörde, gewandt, als er von dem Beamten, der die Regierung in Filmangelegenheiten berate, gehört habe, wie in dem Film die Szene der Hinrichtung der Krankenpflegerin dargestellt worden sei. Man bekomme da zu sehen, daß ein Soldat von der Exekutionstruppe sich weigere, auf Edith Cavell zu schießen, und selber erschossen wurde. Dann werde einem vorgespielt, daß Edith Cavell in Ohnmacht falle, sobald die Gewehre der anderen Soldaten sich auf ihr Gesicht richten, und daß ein deutscher Offizier vortrete, welcher die ohnmächtige Krankenpflegerin mit einem Revolver niederknalle.

„Ich halte diese Darstellung der Hinrichtung für gänzlich unstatthaft," erklärte der britische Außenminister. „Ich habe die Empfindung, daß das ein Frevel an dem Andenken der edlen Frau ist, um Handelsprofite aus ihrem heroischen Verhalten herauszuschlagen."

Als nach dieser geharnischten Erklärung auf den Außenminister, dem viele Leute die Herbeiführung des Zensurverbots zu einem schweren Vorwurf gemacht hatten, ein förmlicher Hagel von Fragen losprasselte, warum er den Film verdamme, ohne sich ihn angesehen zu haben, sagte Chamberlain entrüstet, es fiele ihm garnicht ein, sich den Film anzusehen. Die darin enthaltene Darstellung des Todes der Edith Cavell scheine ihm „an sich unglaubwürdig und sei nach den ihm vorliegenden Informationen ganz sicher unrichtig."

(Gerade die tendenziöse Darstellung der Hinrichtung der Krankenpflegerin, in welcher eine der bösartigen Propagandalügen der Kriegszeit nachträglich in Filmform verewigt werden sollte, war es, was die deutsche Regierung veranlaßte, gegen die Vorführung des Cavell-Films „Dawn" Einspruch zu erheben.)

Chamberlain wurde dann noch weiter befragt, ob er die Versicherung geben könnte, daß grundsätzlich keine politische Filmzensur eingeführt werden solle, und antwortete: „Mit einer allgemeinen Filmzensur habe ich garnichts zu schaffen. Ich rede als englischer Gentleman von etwas, was ich für einen Frevel an der Menschheit ansehe."

Südtiroler Krise. Das Wiener auswärtige Amt sieht die Heimberufung des italienischen Gesandten Auriti zu einer Besprechung der südtirolischen Frage mit Ministerpräsident Mussolini äußerst ernst an, hofft aber zuversichtlich, daß es sich wirklich nur um diese Besprechung handle. Es versichert jedenfalls, Oesterreich denke nicht daran, durch Heimberufung seines Gesandten in Rom einem wirklichen Bruch Vorschub zu leisten. Die Wiener „Neue Freie Presse" versichert, Oesterreich sei bereit, um einen Bruch zu vermeiden, bis zum äußersten zu gehen, sogar berechtigte Beschwerden gegen Italien hinunterzuschlucken. Eine große Protestversammlung, die in den nächsten Tagen in Innsbruck hätte abgehalten werden sollen, ist vorläufig verschoben worden, um das Resultat der Besprechung in Rom und die nächste Sitzung der italienischen Abgeordnetenkammer abzuwarten. Auf der anderen Seite ist man in Oesterreich verstimmt darüber, daß das Deutsche Reich in dieser Sache Oesterreich nicht genügend beistehe, wo doch die deutschen Tiroler nicht nur für sich allein, sondern für alle Deutschen unter italienischer Herrschaft kämpften.

Der mündliche Bericht des italienischen Gesandten in Wien an Mussolini über die augenblickliche Stimmung in Oesterreich gegenüber Italien und seine Erklärung der letzten Rede des Bundeskanzlers Seipel dürften, so hofft man in Rom allgemein, die augenblickliche Lage als weniger ernst hinstellen und somit eine Abberufung des Gesandten Giacinto Auriti verhindern.

Weitere Knechtung in Südtirol. Oesterreichische Reichsrats-Abgeordnete aus Tirol, welche kürzlich gegen die Behandlung ihrer Stammesgenossen im südlichen Tirol durch Italien Protest im Parlament erhoben, machten bekannt, daß ihnen aus Südtirol Nachricht zugegangen sei, die Italiener hätten der Bevölkerung weitere Sprachbeschränkungen auferlegt. Dieser Nachricht zufolge hat der italienische Schulinspektor Pini die Deutschen verwarnt, in der Zukunft dürfe selbst außer den Schulstunden Nachbarskindern kein Unterricht in der deutschen Sprache erteilt werden, auch werde es öffentlichen Lehrern nicht gestattet sein, Einzel- oder Gruppenunterricht in der deutschen Sprache zu erteilen.

Bei der Eröffnung der Stadtratssitzung in Innsbruck kündigte der Stadtrats-Präsident eine Pause von 5 Minuten vollständiger Stille an „als Zeichen der Sympathie für die geknechteten deutschen Brüder in Südtirol."

Attentat in Rom. Wie bekannt wurde, ist auf den bekannten Jesuitenpater Tacchi-Venturi, der mit Mussolini befreundet ist und in den jüngsten Unterhandlungen über die „Romfrage" der Mittelsmann zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung war, in Rom ein Attentat verübt worden. Das Attentat, bei dem Pater Tacchi-Venturi nur leicht verwundet wurde, erfolgte im sogenannten „Jesuitenhaus". Dort stellte sich, wie die Polizei von dem Türhüter in Erfahrung brachte, vor zwei Tagen ein gutgekleideter Mann ein, der seinen Namen als de Angelis und seinen Beruf als Buchhalter angab und den dringenden Wunsch äußerte, den Pater Tacchi-Venturi zu sprechen. Als der Türsteher dem Mann begreiflich machte, daß der Jesuitenpater viel zu beschäftigt sei, um jedermann empfangen zu können, ging der Mann seiner Wege, sagte aber, daß er wiederkommen würde. Als er wiederkam, wurde er zum Pater Tacchi-Venturi geleitet, weil er laut Angabe des Türhüters sagte, er wolle beichten, und es sei Priesterpflicht, seine Beichte anzuhören. Kaum war aber der anscheinend nicht völlig zurechnungsfähige Eindringling des Paters Tacchi-Venturi ansichtig geworden, als er sich auf den Priester stürzte und ihm mit einem Papiermesser eine Halswunde beibrachte. Da Vater Tacchi-Venturi die Geistesgegenwart hatte, seinen Körper schnell umzuwenden, war das Ergebnis nur eine zwar schmerzhafte, aber ungefährliche Streif- und Fleischwunde. Der Attentäter wurde, da die Jesuiten schleunigst die Polizei herbeiriefen, überwältigt und verhaftet. Noch ist es nicht festgestellt, ob er seinen Namen und Stand richtig angegeben hat.

Jubiläum der Roten Armee. Eine große Demonstration der jungen Kommunisten und eine Truppenschau auf dem Roten Platz zu Moskau charakterisierten die Feier des zehnten Jahrestages der Gründung der Roten Armee. Clemenj Woroschilow, der Präsident des Kriegsrats, nahm, umgeben von Mitgliedern der Sowjet-Regierung und Angehörigen des diplomatischen Korps, die Revue über die Truppen ab. Unter dem Donner der Kanonen, dem Schmettern der Hörner und den tosenden Zurufen einer vieltausendköpfigen Menge marschierte die Blüte der Moskauer Garnison auf dem Roten Platz auf und defilierte an dem Mausoleum Lenins vorüber. Kriegskommissar Woroschilow hielt später eine Ansprache an die Truppen. Aleris Rykow, Michael Kalinin und andere Sowjet-Führer nahmen von den Stufen des Mausoleums aus die Revue ab. Der Umzug fand bei beißender Kälte statt; das Thermometer zeigte 17 Grad unter Null.

Den Truppen folgten die bewaffneten Arbeiter, Männer und Frauen, mit Gasmasken ausgerüstet und Gewehre tragend, sodann Rote Kreuz Schwestern, Knaben und Mädchen, patriotische Lieder singend.

Woroschilow, der frühere Metallarbeiter, machte eine ganz gute Erscheinung. Seine Ansprache an die Truppen schien ebensowohl den Soldaten wie den erschienenen fremden Militär-Attaches zu gelten. Seine Worte gingen etwa darauf hinaus: „Ihr, die Ihr Pläne gegen uns schmiedet, hier könnt Ihr sehen, was Eurer harrt, sollte Ihr es je wagen, uns herauszufordern."

Um die Kriegsächtung. In einer der französischen Regierung in der Kriegsächtungsfrage übermittelten Washingtoner Note hat der amerikanische Staatssekretär Kellogg ausgeführt, daß er die von Frankreich als Mitglied des Völkerbundes übernommenen Verpflichtungen nicht als ein dem Beitritt zu einem Kriegsächtungsvertrag mit den Vereinigten Staaten und anderen Weltmächten entgegenstehendes Hindernis ansehen könne.

Frankreich führte in seiner Note vom 21. Januar die Ligaverpflichtungen zur Unterstützung seines Vorschlages an, daß ein französisch-amerikanisches Abkommen eher tunlich wäre als ein vielseitiger Vertrag, wie ihn Staatssekretär Kellogg angeregt hat.

Letzterer hält diese Einwendung nicht für stichhaltig und meint, wenn die Verpflichtungen, die Frankreich im Ligapakt und in den Locarno-Verträgen übernahm, so ausgelegt werden können, daß sie Frankreich den Abschluß eines Kriegsächtungsvertrages mit den Vereinigten Staaten gestatten, es nicht unvernünftig sei, anzunehmen, daß sie auch zulassen, daß Frankreich den angeregten vielseitigen Vertrag derselben Natur mit den Vereinigten Staaten und den anderen hauptsächlichen Weltmächten abschließe.

Der Staatssekretär weist darauf hin, daß bei dem letzten Panamerikanischen Kongreß eine Resolution mit einer unbedingten Verurteilung des Krieges als ein Instrument nationaler Politik angenommen wurde und daß von den 21 Staaten, die der Resolution zustimmten, 17 dem Völkerbund als Mitglieder angehören. In amtlichen französischen Kreisen wurde angedeutet, daß zwischen dem Standpunkt Frankreichs und der Vereinigten Staaten in der Kriegsächtungsfrage der Hauptunterschied der sei, daß Frankreich sich nur auf die vertragsmäßige Verfemung von „Angriffskriegen" festlegen wolle, während die Vereinigten Staaten darauf bestehen, alle Kriege als Instrumente der nationalen Politik zu verurteilen. Im übrigen habe die letzte amerikanische Note einen guten Eindruck gemacht. Man sagt, daß Außenminister Briand prinzipiell gegen eine Unterhandlung mit allen Großmächten über einen Kriegsächtungsvertrag nichts einzuwenden habe, daß er aber darauf aufmerksam mache, daß solche Unterhandlungen mit großen Schwierigkeiten verbunden wären.

Das unglückliche Bessarabien

Die rumänische Willkürherrschaft nach rumänischem Zeugnis.

Zehn Jahre sind vergangen, seitdem Rumänien die große russische Grenzprovinz Bessarabien sich angeeignet hat. Seit dieser Zeit waren alle rumänischen Regierungen genötigt, die neue Provinz militärisch besetzt zu halten und im verschärften Belagerungszustand zu verwalten, ein Beweis, wie wenig sich im vergangenen Jahrzehnt diese Provinz in dem neuen Staatsrahmen des Donaumündungsstaates einzupassen gewillt war.

Tatsächlich spotten die in Bessarabien herrschenden Verwaltungszustände jeder Beschreibung. Sie sind noch schlechter, noch verwahrloster als in jedem anderen der durch die Friedensschlüsse von Trianon und Saint Germain mit Altrumänien, dem sogenannten „Regat", vereinigten neuen Gebiete. Das Straßen- und Eisenbahnwesen liegt vollständig darnieder. Obgleich das ganze Land unter verstärktem Gendarmerieschutz gestellt ist, wuchert dort unausrottbar auf Straßen und Eisenbahn das Räuberunwesen. Räuberbanden brandschatzen die Dörfer und wagen sich oft am hellen Tage in die Landstädte, ja sogar in die Straßen der bessarabischen Hauptstadt selbst. Die gesamte Bevölkerung, unter dem starken Militärdruck lebend, glaubt nicht an den politischen Fortbestand der gegenwärtigen Staatszugehörigkeit. Bessarabien ist ein Paschalik für die zahlreichen Günstlinge der in Bukarest herrschenden Oligarchie. Unter den Beamten in hervorragender Stellung befinden sich zahlreiche wegen Korruption und Gewalttätigkeit Abgestrafte. So wurde zum Direktor der Landwirtschaftskammer ein Mann bestellt, der bereits zweimal wegen Veruntreuung von Staatsgeldern schwere Gefängnisstrafen abzubüßen hatte. Unter den 14 neuen Schulinspektoren befinden sich zwölf gerichtlich abgestrafte Verbrecher. Die leiseste Auflehnung gegen diese Obrigkeit wird mit Gefängnis bestraft. Die Methoden, welche bei den Verhören angewendet werden, sind grauenvoll und waren nur im Mittelalter üblich.

Die Wirtschaft des Landes liegt vollständig darnieder. In früheren Zeiten exportierte Bessarabien 62 Prozent seiner Getreideproduktion. Seine Erzeugnisse an edlem Obst und Wein fanden auf den Märkten im Innern Rußlands leichten Absatz. Für die letztgenannten landwirtschaftlichen Erzeugnisse gibt es heute keine Ausfuhr mehr. Der Handel ist erstickt. Unerträgliche Steuerlasten und das herrschende Paschiwsystem haben ihm den Rest gegeben. Die kleinen Kaufleute in den Städten veranstalten Streiks und Protestdemonstrationen. Die Arbeiterschaft, deren Organisationen aufgelöst wurden, verkommt in Not.

Am schlimmsten ist die Lage der Bauernschaft. Vor der berüchtigten Agrarreform besaßen zweieinhalb Millionen Bauern 57 Prozent des ganzen Landes, ein kleines Häuflein von Großgrundbesitzern 30 Prozent desselben. Die Reform hat wohl den Landbesitz der Großgrundbesitzer von 30 auf 20 Prozent verringert. Die Statistik weist sogar ein Steigen des Prozentanteils der Bauernschaft an der Gesamtfläche von 57 auf 60 Prozent auf. Allein die „Bauern", die diesen Boden erhielten, waren nicht in Bessarabien zu Hause. Die neuen rumänischen Kolonisten sind zumeist Offiziere, Agenten der rumänischen Geheimpolizei, abgestrafte Beamte und sonstige Spekulanten. Die im Jahre 1917 aufgeteilten Staatsländereien wurden den Bauern durch Straferpeditionen wieder abgenommen; wer sich weigerte oder Widerstand wagte, wurde von der Gendarmerieeskorte über den Haufen geschossen.

Zum Boden- und Absatzmangel gesellt sich der drückende Mangel an lebendem und totem Inventar. Der Viehbestand in Bessarabien hat sich um 60 Prozent verringert. Die Rinderrasse ist vollständig degeneriert. Alljährlich herrscht bald in dem einen, bald in dem anderen Bezirke Hungersnot. Es fehlt überall an landwirtschaftlichem Kredit. Kommt der Bauer in Not, muß er dem Wucherer 120 bis 200 Prozent an Zinsen zahlen. Der Staat treibt seine Steuerforderungen ebenso rücksichtslos ein wie der Wucherer die seinen. So kommt der Bauer schließlich von Haus und Hof. Diese unbeschreibliche Verelendung Bessarabiens während der zehnjährigen rumänischen Okkupation hat Skorbut und Typhus epidemisch gemacht. Wer nur kann, flüchtet aus dem unglücklichen Lande. Seit 1917 sind ungefähr 100,000 Menschen, d. i. 15 Prozent der bessarabischen Bevölkerung, heimlich ausgewandert. Das Schulwesen des Landes ist fast ganz zugrunde gegangen. Die Minderheitenschulen, darunter die Musterschulen der bessarabischen Deutschen, wurden von der Regierung geschlossen. In allen Lehranstalten darf nur rumänisch unterrichtet werden. In vielen hundert Dörfern fehlt es an Lehrern, die meisten von ihnen wurden bei der „Pazifizierung" des Landes von den Gendarmen ermordet. Sie wurden als angebliche Bolschewiken verhaftet und während der Einlieferung in das Stadtgefängnis wegen angeblichen Fluchtversuchs erschossen. Der Analphabetismus breitet sich aus diesem Grunde im ganzen Lande in erschreckender Weise aus.

Diese Schilderungen der politischen und sozialen Zustände des unglücklichen Landes sind einer Rede entnommen, welche vor kurzer Zeit der Abgeordnete der Nationalen Bauernpartei Alexandru im rumänischen Parlament gehalten hat. Man versteht es, daß Alexandru am Schlusse seiner Rede sagte: „Wenn Bessarabien die Möglichkeit hätte, würde es sich an jeden beliebigen Staat anschließen, nur nicht an Rumänien."

Waldverstaatlichung in der Tschechoslowakei?

Dem „Courier" wird aus der Tschechoslowakei geschrieben:

Während der in der Tschechoslowakei durchgeführten Bodenreform haben sich unaufhörlich mahnende und warnende Stimmen eingestellt, die sich gegen die Art der Durchführung der Bodenreform wandten. Nicht nur die Bodenbesitzer, auch die auf den landwirtschaftlichen Großgütern beschäftigten **Dienstnehmer** haben unaufhörlich und schärfstens gegen die Bodenenteignung opponiert. Den landwirtschaftlichen Dienstnehmern wurde mit der Bodenreform jede Existenzmöglichkeit genommen und der gewesene Präsident des Verwaltungsausschusses des Staatsbodenamtes — das mit der Durchführung der Bodenreform betraut wurde — der Abg. Laube, hat wörtlich erklärt, daß, wenn der auf dem Großgrundbesitz tätig gewesene Angestellte und Beamte seine unzureichende Entschädigung **verbraucht hat, er das Heer der Arbeitslosen** vermehre und was wohl das Schwerwiegendste ist: die einseitige berufliche Eigenart verschließt ihm beinah einen anderen Berufsweg.

Der Bodenbesitzer protestierte mit Recht gegen die ganz unzureichende Entschädigung des enteigneten Bodens. Hier muß bemerkt werden, daß nicht der Bodenbesitzer, sondern das **Staatsbodenamt** den Wert des zu enteignenden Besitzers feststellt. Jedes Rechtsempfinden wird dadurch verletzt, daß das Bodenamt es sich auch so einrichtete, die Besitze **lastenfrei** zu übernehmen, **d. h. der alte Besitzer verlor sein Eigentum, er bleibt aber für alle darauf ruhenden Verpflichtungen verbunden, muß die Kirchen in Gegenden, wo er gar keinen Boden mehr hat, erhalten, er muß sich die kapitalisierten Pensionsansprüche seiner Pensionisten, wie aber auch der aktiven Beamten, die durch die Bodenreform brotlos wurden, vom Kaufpreis abziehen lassen, so daß für Besitze, die einen Verkehrswert von Millionen haben, schließlich nichts bleibt.**

Den **Ausländern** gegenüber verhält man sich inkonsequent. Gehört der Betreffende einem mächtigen Staate an, der sich seiner annimmt und läßt er sich selbst nichts gefallen, wie der impulsive englische Baron **de Forest**, so erhält er den vollen Preis für den weggenommenen Boden, sonst wird er nur wenig besser oder ebenso behandelt wie der Inländer. Es dient wohl kaum dem Ansehen des Staates, wenn er sich an den von der „International Law Association" geprägten Satz: „Keine Enteignung eines Ausländers ohne volle Entschädigung" nicht hält. Die „International Law Association" hat in der 1926 abgehaltenen Hauptversammlung folgende Thesen angenommen:

„1. Es ist in den Verfassungen und Zivilrechtsnormen der zivilisierten Staaten allgemein anerkannt, **daß Privateigentum ohne Entschädigung nicht enteignet werden darf.**

„2. Falls die Frage der Unverletzbarkeit des Privateigentums im zwischenstaatlichen Verkehr gestellt werden sollte, **gilt allgemein der gleiche** Grundsatz.

„3. Jeder Staat ist durch das Völkerrecht **berechtigt, die eigenen Staatsangehörigen** in fremden Staaten zu schützen, d. h. zu intervenieren, a) wenn ihnen an ihrem Eigentum ein Schaden droht, der durch Maßnahmen dieses Staates hervorgerufen wird, die zwischen ihnen und den Angehörigen des anderen Staates eine unterschiedliche Behandlung feststellen; b) um sie vor offenkundiger Ungerechtigkeit zu bewahren, auch wenn dieser Unterschied nicht gemacht wird.

„4. Der Grundsatz, **daß das Privateigentum nicht angetastet werden darf, ist durch die Friedensverträge anerkannt**, die spezielle Bestimmungen enthalten, um zu verhindern, daß das Privateigentum ehemaliger Feinde ohne Entschädigung enteignet werde, wenn auch diese Bestimmungen ungenügend sind.

„5. Es widerspricht den Grundsätzen des internationalen Rechtes, einen Ausländer oder den Angehörigen einer geschätzten Minderheit jener fundamentalen Rechte zu berauben, die ihm als Eigentümer zukommen, sei es auch durch indirekte Maßnahmen, die — wenn auch nicht dem Wortlaut des

(Fortsetzung auf Seite 7.)